

(Abgeordneter Fleißner.)

(A) ausgesprochen — die Richter diejenigen, die berufen sind, die jetzigen Verhältnisse durch ihr Amt und ihren Beruf aufrechtzuerhalten. Der Herr Minister hat das zu bestreiten und den Satz zu konstruieren versucht, daß die Richter und die Gesetze eine Einrichtung sein sollen, die über den Wassern schweben, über den Parteien sich befinden und die, wie das Sinnbild der Rechtspflege, die Justitia mit der Binde vor den Augen, sagen soll: sie soll abstrahieren von allem, was um sie vorgeht. Aber der Herr Minister hat gesagt: Die Richter und unsere richterlichen Einrichtungen sind der Fels in dem brandenden Meer. Sie sollen „unparteiisch“ sein, wollte er wohl damit sagen. Aber er hat in unmittelbarem Anschluß daran sofort ausgeführt, die Richter sollten selbstverständlich konservativ sein. Das ist es, worauf es ankommt. Die Richter sollen konservativ sein, und da das konservative Element heute in erster Linie das „staatserhaltende“ und staatsunterstützende ist, sollen die Richter natürlich auch in diesem Sinne wirken. Also so haben wir die Dinge zu verstehen, wenn wir ganz begreifen wollen, warum sich die Verhältnisse ergeben, mit denen wir es heute zu tun haben.

Wenn wir schon in normalen Zeiten, wir von der Opposition — und ich spreche hier besonders von der politischen Seite der Sache, die ja sehr stark in Frage kommt und unmittelbar mit dem im Zusammenhang steht, worauf ich eben hinwies —, wenn wir schon in normalen Zeiten sehr lebhaft empfunden haben, wie einseitig die Rechtsprechung und die Justiz gerade infolge ihrer Aufgabe, die bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen, gegen uns wirkt, so haben wir in Kriegzeiten festzustellen, daß diese Zustände sich ganz ungeheuer verschärft haben. Wenn wir uns heute die politische Rechtspflege ansehen, müssen wir sagen, sie ist in sehr vielen Punkten geradezu ungeheuerlich. Meine Herren! Soll ich denn, ich glaube es nicht notwendig zu haben, noch auf einzelne Urteile hinweisen, die im Reiche hier und da ergangen sind? Dinge, die man in normaler Zeit als ganz selbstverständlich straflos ansehen würde, werden unter dem Kriegrecht zu Vergehen, gegen die höchste und sogar entehrendste Strafen verhängt werden, obwohl das „Vergehen“ an sich nur darin liegt, daß der Betreffende nur seine politische Gesinnung betätigt. So können wir also feststellen, daß sich in der Kriegszeit dieses besonders geartete Kriegrecht in erster Linie mehr als je zuvor und mehr als in normalen Zeiten gegen die Opposition richtet, gegen die Opposition, die während der Kriegszeit den Kampf gegen die besitzenden Klassen und gegen die Regierung

nicht aufgegeben hat. Sehen Sie sich einmal um! (C) Wer ist es, der unter diesen Verhältnissen zu leiden hat? In der Hauptsache ist es die äußerste Linke, die äußerste Opposition. In der Hauptsache sind es Leute meiner Parteirichtung, die heute schwer zu leiden haben. Sie sind ins Gefängnis geworfen, in sehr vielen Fällen zu langen Gefängnis- oder sogar Zuchthausstrafen verurteilt, in Schutzhaft und lange Untersuchungshaft genommen worden. Der Fall, von dem ich in der Kommission bisher gesprochen habe, ist einer von denen, der zeigt, unter welchem nichtigen Vorwand einzelne Personen aus rein politischen Gründen, um Leute unschädlich zu machen, um sie zu schikanieren, in Untersuchungshaft genommen werden.

So liegen die Dinge, und wenn gesagt worden ist, die Justiz solle sich besinnen auf ihre Aufgabe, sie solle Anschluß mit dem Volke suchen, so muß ich sagen: Dieser Anschluß hat nie bestanden und wird nie bestehen innerhalb der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, weil wir eben in einer Zeit der Klassengegensätze leben, der Klassenverhältnisse, in der sich die Klassen scheiden und bekämpfen, und weil sich infolgedessen das ergibt, worauf ich eingangs hingewiesen habe. Der ideale Zustand wird sich unter den Verhältnissen, unter denen wir leben, nie erreichen lassen. Wir müssen feststellen, daß heute ein gewisser Teil des Volkes, eine gewisse politische Partei, der auch ich angehöre, die unabhängige sozialdemokratische Partei, sich in schlimmerer Lage befindet als in der Zeit des Sozialistengesetzes die gesamte sozialdemokratische Partei. Und das will viel sagen; denn diejenigen, die jene Zeit ganz oder zum Teil mit durchlebt haben, werden ermessen können, was es zu bedeuten hatte, sich zu der Zeit als Sozialdemokrat zu bekennen. Diese Zustände können nur beseitigt werden, wenn das gesamte werktätige und klassenbewußt denkende Volk einmütig in der schärfsten Weise dagegen sich zu wehren imstande ist. Das herbeizuführen muß Aufgabe derjenigen Politiker sein, die sich auf diesen Standpunkt stellen.

Was speziell den Fall anlangt, den ich in der Kommission vorgetragen habe, so bitte ich, daß er möglichst rasch nach den Ferien erledigt wird durch kommissarische Beratung. Dann wird sich in der Kammer darüber reden lassen. Dem Herrn Minister möchte ich aber den Rat geben, er wolle sich bei seinen Erörterungen nicht nur auf die Beamten der Anstalt da draußen verlassen und von dort seine Informationen hernehmen, von den unmittelbar Beteiligten, die vielleicht sogar die Schuldigen sind. Er wolle den Mann selbst fragen — er wird gern bereit sein, Auskunft darüber zu geben, wie sich